**Infobrief Nr. 22/2019 vom 03.06.2019, 18. Jahrgang**

## Aus dem Europäischen Parlament

**Nachlese zur Europawahl: EVP wurde stärkste Fraktion – Trotzdem Streit um Amt des Kommissionspräsidenten**

# „Wer die Spitzenkandidaten ablehnt, tritt den Wählerwillen mit Füßen“

**Die Europawahl ist beendet. Meine Fraktion, die Europäische Volkspartei (EVP), wurde mit ihrem Spitzenkandidaten Manfred Weber stärkste Partei.**

Sie verlor zwar von 217 auf 180 Sitzen im Parlament, kann als größte Fraktion aber den Anspruch auf den Posten des Kommissionspräsidenten erheben. Die Union verteidigte ebenfalls ihren Platz als führende politische Kraft in Deutschland, verlor allerdings von 35,3 auf 28,9 Prozent und von 34 auf 29 Sitze.
Die Wahlbeteiligung stieg europaweit von 42,6 Prozent auf 51 Prozent und erreichte damit den höchsten absoluten Wert seit 1994. Die proeuropäischen Parteien der Mitte halten weiter eine klare Mehrheit im Europäischen Parlament. Zum ersten Mal in der Geschichte der EU verfügt die große Koalition aus EVP und S&D allerdings nicht mehr über eine Mehrheit. Damit wird die Mehrheitsbildung in unserem Haus zukünftig unübersichtlicher.

Mit der deutlich gestiegenen Wahlbeteiligung hat das EU-Parlament erheblich an Legitimation gewonnen. Wer das Spitzenkandidatensystem ablehnt, tritt den Wählerwillen mit Füßen. Für wie dumm halten denn einige Staats- und Regierungschefs eigentlich unsere Bürgerinnen und Bürger? Sie tragen im Lichte des Europa-Wahlergebnisses das Spitzenkandidat-Prinzip einerseits nicht mit, wollen aber gleichzeitig im Nachhinein Frau Vestager unbedingt zur Spitzenkandidatin umdeuten? Für mich ist das nicht nachvollziehbar und auch nicht akzeptabel!
Meine EVP steht als größte Fraktion geschlossen zu Manfred Weber. Gegen unsere Fraktion ist im Europaparlament keine Mehrheit möglich, es sei denn, man koaliert mit den Extremisten. Trotz der bitteren Verluste sind wir zahlenmäßig die stärkste Fraktion. Scheiden die Briten aus, von denen kein einziger in der EVP sitzt, aber in zahlreichen anderen Fraktionen, werden wir automatisch noch stärker.

**Informationen über die EU – So holen Sie sich kompetente Gesprächspartner ins Haus**

# Rednerdienst der Kommission vermittelt Experten für Europa-Themen

Viele Bürgerinnen und Bürger haben konkrete Fragen zur EU, ihrem Funktionieren und ihrer Politik. Zum Beispiel: Wie funktioniert der Binnenmarkt? Wie studiert und arbeitet man im EU-Ausland? Wie geht es weiter in der EU-Asylpolitik? Zahlreiche Einrichtungen und Organisationen in allen Mitgliedstaaten bemühen sich, solche Fragen zu beantworten, teils durch Informationsveranstaltungen. Wer einmal einen EU-Experten für einen Vortrag gewinnen will, kann auf den Rednerdienst der EU-Kommission zurückgreifen. Bei zahlreichen Veranstaltungen an Schulen, Universitäten sowie auf Konferenzen für die breite Öffentlichkeit kommunizieren die unabhängigen Experten EU-Politik auf lokaler Ebene. Eine Liste des Rednerteams in Deutschland führt die deutsche Vertretung der EU-Kommission. Der Rednerdienst ergänzt die Informationsarbeit der Europäischen Dokumentationszentren (EDC) und der über die ganze EU verteilten Europe Direct Informationszentren, von denen es in Deutschland 47 gibt. Erfahren Sie mehr unter:
*https://ec.europa.eu/germany/services/contact-points_de*

**Britische Regierungschefin gibt am Freitag ihr Amt als Chefin der Konservativen Partei ab**

# „Wenn Boris Johnson an die Spitze rückt, sehe ich schwarz“

**Theresa Mays Tage als Premierministerin sind gezählt: Voraussichtlich Ende Juli wird sie die Regierungsgeschäfte an ihren Nachfolger übergeben.**

Damit kommt Bewegung in die Brexit-Verhandlungen. Das von ihr mit der EU ausgehandelte Austrittsabkommen wurde vom britischen Parlament schon drei Mal abgelehnt. Ihren Rücktritt als Regierungschefin finde ich daher nur konsequent. Über zehn Kandidaten haben ihren Hut bereits in den Ring geworfen, um Theresa May zu beerben. Darunter auch der frühere Außenminister Boris Johnson, der 2016 vehement für den Brexit getrommelt hat und seine Landsleute mit falschen Behauptungen dazu verführt hat, beim Referendum mit „Leave“ zu votieren. Johnson gilt als aussichtsreichster Kandidat. Er macht keinen Hehl daraus, dass er sich wenig um einen Austrittsvertrag mit der EU schert. Er ist bereit für den „harten“ Brexit. Eine weitere Verlängerung der Brexit-Frist über den 31. Oktober hinaus schloss er bereits aus.

Gegen Johnson läuft derzeit ein Gerichtsverfahren. Ein Privatkläger wirft ihm vor, die Öffentlichkeit mit falschen Angaben beim Referendum und der späteren Neuwahl in die Irre geleitet zu haben. Konkret geht es um seine Behauptung, dass das Vereinigte Königreich wöchentlich 350 Millionen Pfund (etwa 400 Millionen Euro) an die Europäische Union zahlen würde. Dass von diesem Geld ein Großteil wieder an die britischen Bürger zurückfließt, das verschwieg er wohlweislich – und konnte damit viele Wählerstimmen auf seine Seite ziehen.

Wenn Boris Johnson an die Spitze der britischen Regierung rückt, sehe ich schwarz für das Vereinigte Königreich. Und auch für die EU. Ein „harter“ Brexit wird tausende Arbeitsplätze kosten – und zwar auf beiden Seiten des Kanals. Allein in Deutschland sind laut einer Studie des Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) bei einem Brexit ohne Kompromiss- und Auffanglösung mehr als 100.000 Arbeitsplätze gefährdet. Die Analyse ergibt, dass wegen der Zölle auf Importe nach Großbritannien vor allem Standorte von Technologiekonzernen und der Automobilindustrie betroffen wären.

Wir Deutschen müssten uns bei einem „harten“ Brexit zudem auf Einkommensverluste von bis zu zehn Milliarden Euro jährlich einstellen. Laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung hätte nur Großbritannien selbst durch einen ungeregelten EU-Austritt höhere Verluste als die Bundesrepublik: Die Briten würden pro Jahr 57 Milliarden Euro einbüßen. An dieses Szenario will ehrlich gesagt noch gar nicht denken. Ich hoffe, dass es mit dem Rücktritt von Theresa May und dem Gerangel um ihre Nachfolge zu Neuwahlen im Vereinigten Königreich kommt. Dann hätte (die nun hoffentlich besser aufgeklärte) Bevölkerung endlich die Gelegenheit, den Kurs des Landes zu korrigieren.

### Marine Le Pen zu Geldstrafe verurteilt

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat die französische Rechtspopulistin Marine Le Pen zur Rückzahlung von 300.000 Euro an das EU-Parlament verurteilt. Die Luxemburger Richter wiesen den Einspruch der ehemaligen Fraktionsvorsitzenden der ENF (Europa der Nationen und der Freiheit) gegen die Zahlung ab. Le Pen wurde wegen Scheinbeschäftigung und Missbrauchs öffentlicher Gelder verurteilt. Ihr und 16 weiteren Mitgliedern ihrer Partei Rassemblement National (RN) wird vorgeworfen, Mitarbeiter zwischen 2009 und 2017 als parlamentarische Assistenten bezahlt zu haben, obwohl diese in Wirklichkeit Parteiaufgaben übernahmen.

### Verbesserung der EU-Bürgerinitiative

Die Teilnahme an einer europäischen Bürgerinitiative soll ab 2020 vereinfacht und erweitert werden. Darauf haben sich das EU-Parlament und der Rat geeinigt. Die neuen Regelungen sehen unter anderem vor, dass eine Online-Kooperationsplattform zur Verfügung gestellt wird, die Beratung anbietet und für Gleichgesinnte Kontaktaufnahmen ermöglicht. Die Organisatoren erhalten zudem in jedem Mitgliedstaat Kontaktstellen, um die Zusammenarbeit der Teilnehmer zu erleichtern. Initiativen und deren Anlagen sollen künftig in alle EU-Sprachen übersetzt werden. Außerdem wird ein kostenloser Dienst für die Sammlung von Online-Unterschriften bereitgestellt.

**Zu Besuch in Ilmenau**

# Gymnasium „Am Lindenberg“ hat erstmals eine Europaklasse

Das Ilmenauer Gymnasium „Am Lindenberg“ bietet seinen Schülerinnen und Schülern ganz besondere Lerninhalte, indem es erstmalig und wahrscheinlich einmalig in Thüringen eine Europaklasse beherbergt. Es war dementsprechend eine für alle Teilnehmer (auch für mich) sehr interessante Doppelstunde, in der wir miteinander über

europäische Themen sprechen konnten.
Lehr- und Lerninhalte, EU-Förder- und -Austauschprogramme und der Nutzen der EU für Bürgerinnen und Bürger waren genauso Gesprächsinhalte wie einzelne Gesetzgebungsinhalte (zum Beispiel die Urheberrechtsrichtlinie). Ich empfand die beiden Unterrichtsstunden sehr gut vorbereitet. Und das Engagement der Schule bezogen auf europäische Projekte, vor allem mit Frankreich, Norwegen, Polen und Italien, begeisterte mich. Leider haben die eingeladenen Medienvertreter aus fadenscheinigen Gründen eine Teilnahme abgesagt. Das Gymnasium „Am Lindenberg“ trägt den Namenszusatz „Europaschule“ zurecht! Gern unterstütze ich auch diese Schule bei ihrem Bemühen, den Titel zu verteidigen.

**Zwei Thüringer Schulen unter den Gewinnern des 66. Europäischen Wettbewerbs**

# Zeulenroda-Triebes und Hildburghausen sahnen Preise ab

Bravo und Hut ab! Ich gratuliere der Georg-Kresse-Schule in Zeulenroda-Triebes und dem Gymnasium Georgianum Hildburghausen für ihren Erfolg beim europäischen eTwinning-Wettbewerb. Unter dem Motto „YOUrope – es geht um dich!“ waren Schülerinnen und Schüler eingeladen, sich anlässlich der Europawahl eine eigene Meinung zu Europa zu bilden und auch kritisch damit auseinanderzusetzen. E-Twinning ist ein EU-Programm, das Schulen und vorschulische Einrichtungen in Europa miteinander verbindet und grenzüberschreitende Zusammenarbeit erlebbar macht.
Insgesamt nahmen 2.511 Schüler von 106 Schulen aus über 20 Staaten am diesjährigen Wettbewerb teil. 23 Kooperationen erhalten für ihre eTwinning-Projekte Gutscheine im Wert zwischen 200 und 600 Euro. Unter den Gewinnern ist auch das Gymnasium Georgianum in Hildburghausen. Sie haben sogar gleich dreimal einen der Geldpreise abgesahnt, unter anderem für das Projekt „EU've got mail“. Es inspiriert die Beteiligten, ihr Wissen über die Europäische Union und ihre persönliche Einstellung zu europäischer Politik zu reflektieren und kreativ – zum Beispiel in mehreren Kurzvideos – umzusetzen.
Auch die Regelschule „Georg Kresse“ aus Zeulenroda-Triebes gehört zu den diesjährigen Preisträgern. Mit ihrem Projekt „Augen auf! Türen auf!“ sollten die Teilnehmer bewusst wahrnehmen und aufzeigen, welche Dinge im Alltag nicht übersehen werden dürfen, weil sie das Zusammenleben in der Gemeinschaft in Europa bereichern.

**Podiumsdiskussion „Nach der Europawahl – Perspektiven aus Ostmitteleuropa“:** Zwei Wochen nach der Europawahl blickt das Politische Bildungsforum Thüringen der Konrad-Adenauer-Stiftung auf die Ergebnisse in den jüngeren EU-Mitgliedstaaten in Ostmitteleuropa und diskutiert Themen und Hintergründe mit Blick auf die Europäische Union in den entsprechenden Ländern. Die Veranstaltung am 13. Juni in Erfurt findet in Kooperation mit dem „Katholischen Forum Im Land Thüringen“ sowie dem Polnischen Institut Berlin statt. Mehr Informationen unter: *www.kas.de/web/thueringen/veranstaltungen/detail/-/content/nach-der-europawahl-perspektiven-aus-ostmitteleuropa*

# Service und Termine

**★ Europäische Bürgerinitiative „Rettet die Bienen!“**
Die EU-Kommission hat die Europäische Bürgerinitiative „Rettet die Bienen!“ registriert. Die Organisatoren, darunter die Initiatoren des bayerischen Volksbegehrens zum selben Thema, fordern die Kommission dazu auf, „Rechtsvorschriften zu erlassen, um Lebensräume für Insekten als Indikatoren einer intakten Umwelt zu erhalten und zu verbessern“. Sie haben nun ein Jahr Zeit, eine Million Unterschriften aus sieben Ländern zur Unterstützung ihres Vorschlags zu sammeln. Zu den Zielen der Initiative gehört die Schaffung verbindlicher Ziele, unter anderem um die Förderung der Biodiversität übergeordnetes Ziel der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) werden zu lassen, den Pestizideinsatz drastisch zu reduzieren sowie gefährliche Pestizide ausnahmslos zu verbieten. Hier können Sie sich beteiligen: *https://bit.ly/2YV9Kyr*

**★ Comic-Wettbewerb für Jugendliche**
Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge hat im Rahmen der Initiative „Zeichnen gegen das Vergessen“ einen Comic-Wettbewerb für Jugendliche im Alter von 14 bis 20 Jahren unter dem Motto „Den Schrecken überwinden – Wiederaufbau und Neuanfang“ ausgeschrieben. Bis 30. Juni können Werke in den Kategorien „Einzelbeitrag“ und „Gruppenbeitrag“ (4-12 Personen) eingereicht werden. Nähere Informationen unter: *https://bit.ly/2XniixT*

**★ Internationale Jugendbegegnung in Wolmirstedt**
In diesem Sommer findet vom 5. bis 14. August 2019 im Bildungs- und Freizeitzentrum Wolmirstedt (Sachsen-Anhalt) die internationale Jugendbegegnung „Europa – Grüner Kontinent auf dem blauen Planeten“ statt. Jugendliche aus sieben europäischen Partnerorganisationen (Albanien, Armenien, Frankreich, Griechenland, Italien, Ungarn und Polen) haben ihre Anmeldung bestätigt und werden teilnehmen. In der deutschen Gruppe sind noch sechs Plätze für Jugendliche von 15 bis 22 Jahren frei. Die Kosten betragen 35 Euro (inklusive Unterkunft und Verpflegung). Im Rahmen der Jugendbegegnung wird auch eine Exkursion nach Berlin zum „Erlebnis Europa“ durchgeführt. Mehr Infos unter: *https://bit.ly/2EKXmcy*

**★ Freier Verkehr nicht personenbezogener Daten**
Seit vergangenem Dienstag gelten EU-weit die neuen Vorschriften für den freien Verkehr nicht personenbezogener Daten. Sie ermöglichen es, Daten überall in der Europäischen Union ohne ungerechtfertigte Beschränkungen zu speichern und zu verarbeiten. Wie diese neuen Vorschriften im Zusammenwirken mit den EU-Datenschutzvorschriften angewendet werden müssen, hat die EU-Kommission in einem Leitfaden erläutert. Die Leitlinien sollen insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) bei der Anwendung helfen. Mehr Informationen und den Leitfaden selbst finden Sie unter folgendem Link:
*http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-19-2750_de.htm*

**★ Trainingsprogramm für Nachwuchsjournalisten**
33 Europäerinnen und Europäer zwischen 18 und 30 Jahren, die sich für Journalismus interessieren, können eine Reise nach Brüssel gewinnen, inklusive Trainingsprogramm. Im Rahmen des Programms „Youth4Regions“ lädt die EU-Kommission ein, Texte oder Bilder über Projekte in der ganzen EU einzusenden, die durch den Gemeinschaftshaushalt gefördert werden. Die Gewinner können im Oktober dann über die Europäische Woche der Städte und Regionen in Brüssel berichten, das europäische Hauptereignis des Jahres zur EU-Kohäsionspolitik. Außerdem winken Trainingskurse mit Journalisten, Besuche der EU-Institutionen und Veröffentlichungen im Kommissionsmagazin „Panorama“. Bewerbungsschluss ist der 15. Juli. Nähere Informationen finden Sie unter:
*https://ec.europa.eu/regional_policy/en/policy/communication/youth4regions*



Für Sie in Europa

evp - fraktion im europäischen parlament

Impressum

**Dr. Dieter-L. Koch, MdEP**
**Europabüro**
**Frauenplan 8**
**99423 Weimar**

Tel. 03643 50 10 07
Fax 03643 50 10 71
www.europaabgeordneter.eu
info@europaabgeordneter.eu
www.facebook.com/europaabgeordneter

CDU

# Was hat das EU-Parlament für Menschen mit Behinderung erreicht?

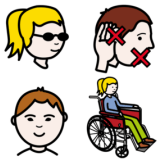
## Ich verlasse das Parlament

Ende Juni verlasse ich das Europäische Parlament.
Ich habe dann 28 Jahre dort gearbeitet.
Es war eine anstrengende Zeit, aber auch eine sehr schöne.

Ich konnte viele Dinge erreichen.
Heute möchte ich einen Überblick geben, was das EU-Parlament in dieser Zeit für Menschen mit Behinderung getan hat.

## Was haben wir erreicht?

Als ich vor 28 Jahren im EU-Parlament angefangen habe, waren die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung dort kaum ein Thema.
Das hat sich mittlerweile geändert.
Daran habe auch ich einen Anteil.



Ich bin Mitglied einer Gruppe Abgeordneter im EU-Parlament, die sich für die Rechte von Menschen mit Behinderung einsetzt.

## Ein Rückblick

Bis zum Jahr 1997 haben sich die Abgeordenten im EU-Parlament nicht um die Rechte von Menschen mit Behinderung gekümmert.
Erst im Vertrag von Amsterdam tauchen die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung auf.

Der Vertrag von Amsterdam heißt so, weil er in der Stadt Amsterdam unterschrieben wurde.
In dem Vertrag steht, dass Menschen mit Behinderung nicht benachteiligt werden sollen.

## Die ersten EU-Gesetze

Im Jahr 2000 haben wir das erste EU-Gesetz für Menschen mit Behinderung gemacht.
In dem Gesetz steht, dass Menschen mit Behinderung gleichbehandelt werden müssen, wenn sie einer Arbeit nachgehen möchten.
Im Jahr 2008 haben wir den blauen Park-Ausweis überall in der EU eingeführt.

Menschen mit einer schweren Geh-Behinderung oder blinde Menschen können damit an Stellen parken, auf denen das normalerweise nicht erlaubt ist.

## Rechte für Reisende mit Behinderung

Ganz besonders habe ich mich in meiner Zeit im EU-Parlament für die Rechte von Reisenden mit Behinderung eingesetzt.
Wir haben zum Beispiel Vorgaben gemacht, wie ein Zug gebaut sein muss, damit Menschen mit Behinderung ohne Probleme mitfahren können.
Wir haben auch festgelegt, dass es auf dem Bahnhof Rampen für Rollstuhl-Fahrer geben muss.
Oder ein Boden-Leit-System für blinde Menschen.
Mit diesen Markierungen auf dem Boden können blinde Menschen ihren Weg finden.

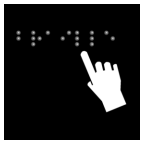
## Hilfen beim Einsteigen

Menschen mit Behinderung haben ein Recht darauf, dass ihnen ein Mitarbeiter vom Bahnhof beim Einsteigen in den Zug hilft.
Das Gleiche gilt natürlich auch für ein Flugzeug.
Blinde Menschen haben das Recht, ihren

Blinden-Hund kostenlos mit in den Zug oder in das Flugzeug zu nehmen.
Im Zug dürfen sie auch eine Begleit-Person kostenlos mitnehmen.

## Der Vertrag von Marrakesch

Im Jahr 2018 hat die EU endlich den Vertrag von Marrakesch umgesetzt.
Dafür habe ich viele Jahre gekämpft.
In dem Vertrag steht, dass Bücher und Zeitschriften für blinde und seh-behinderte Menschen nicht den EU-Urheber-Rechts-Vorschriften unterliegen.
Das sind komplizierte Gesetze, die es sehr schwer gemacht haben, möglichst vielen blinden Menschen zum Beispiel Bücher in Blinden-Schrift anzubieten.



## Barrierefreier Zugang

In einem anderem EU-Gesetz haben wir festgelegt, dass alle öffentlichen Einrichtungen in der EU einen barrierefreien Zugang haben müssen.
Öffentliche Einrichtungen sind zum Beispiel Rathäuser, Schulen, Bibliotheken oder Krankenhäuser.

Barrierefrei sind Lebensbereiche dann, wenn Menschen mit und ohne Behinderung sie gleichberechtigt mit anderen erreichen und nutzen können.

## Internet-Seiten von öffentlichen Einrichtungen

Im Jahr 2016 haben wir beschlossen, dass auch die Internet-Seiten von fast allen öffentlichen Einrichtungen barrierefrei zugänglich sein müssen.
Das heißt zum Beispiel, dass die Internet-Seite von der Bücherei auch eine Seite in Leichter Sprache haben muss.

Auf dieser Seite muss alles Wichtige stehen, damit Menschen mit Lern-Schwierigkeiten oder mit wenig Sprach-Kenntnissen die Angebote der Bücherei verstehen und nutzen können.
Die neuen Vorschriften müssen ab September 2020 eingehalten werden.

## Der Euro-WC-Schlüssel

In ganz Europa gibt es über 12 Tausend öffentliche Toiletten für Menschen mit Behinderung.
Den Schlüssel zu diesen Toiletten bekommen nur Menschen mit Behinderung.
Er heißt Euro-WC-Schlüssel.
WC spricht man so: wee zee.

Ich finde das eine tolle Sache.
Denn diese Toiletten sind meistens sehr sauber.
Das ist zum Beispiel für blinde Menschen ganz wichtig, weil sie ihre Umgebung mit den Händen ertasten müssen.

## Barrierefreie Telefone und Fernseher

Erst vor wenigen Wochen haben wir ein neues Gesetz beschlossen.
In dem Gesetz steht:
Alle Fahrschein-Automaten und Geld-Automaten müssen barrierefrei sein.

Auch alle neuen Computer, Telefone und Fernseher, die in der EU verkauft werden, müssen barrierefrei sein.
Ich freue mich sehr, dass ich dieses Gesetz noch mit auf den Weg bringen konnte, bevor ich das Parlament verlasse.